

gan-Regierung, die die Forderungen der progressiven demokratischen und Friedenskräfte völlig ignoriert, fährt fort, in vielen Teilen der Welt Spannungsherde zu schaffen und zu schüren. In diesem Zusammenhang verurteilen wir mit aller Schärfe die Provokationen und die Akte bewaffneter Aggressionen des USA-Imperialismus gegen das libysche Volk. Wir fordern, daß die Reagan-Regierung diese feindselige Politik des „großen Knüppels“ beendet, und bekräftigen unseren Standpunkt, daß das libysche Volk ein Recht darauf hat, in Frieden zu leben, (Beifall.) Wir aus dem karibischen Raum leisten unseren bescheidenen Reitrag im Kampf für den Weltfrieden, indem wir uns beständig mit Nachdruck dafür einsetzen, daß die Karibik zu einer Zone des Friedens wird. Unsere Partei, die großes Gewicht auf den Friedenskampf legt, verbindet ihn mit dem Kampf unseres Volkes für Demokratie und sozialen Fortschritt. Wir haben unsere Stimme erhoben gegen die USA-Intervention in Mittelamerika und der Karibik und haben gleichzeitig unsere Solidarität mit der Sandinistischen Revolution in Nicaragua verstärkt.

Im größeren Maßstab gesehen, unterstützen wir voll und ganz die Friedensinitiativen der Sowjetunion und der anderen Länder des Warschauer Vertrages. Es ist unsere feste Überzeugung, daß die Verwirklichung dieser Initiativen zu einer Verminderung der internationalen Spannungen, zu einer Reduzierung des Wettrüstens und zur Schaffung eines internationalen Klimas führen kann, das der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen dient.

Wir sagen: Nein zu den abscheulichen „Stemenkriegs“-Plänen! Ja zu einem Frieden auf der Erde und im All!

Nie wieder Krieg! (Beifall.)

Liebe Genossen! Erlaubt mir, euch mit dem Standpunkt der Kommunisten zur aktuellen Lage in meinem Heimatland, Guyana, vertraut zu machen. Gegenwärtig lebt unser Volk in einer außerordentlichen Notlage, die das Ergebnis einer nie dagewesenen sozialen und ökonomischen Krise ist, die unser Land erfaßt hat. Diese Krisensituation ist nicht allein aufgrund äußerer Faktoren entstanden. Fehlende Demokratie auf politischer, sozialer und Produktionsebene, hohe Lebenshaltungskosten, Mangel an lebenswichtigen Konsumgütern, falsche Prioritäten in der ökonomischen Planung, Korruption und Verschwendung haben ebenso zur Herausbildung der Krise beigetragen, von der die Nation jetzt betroffen ist.

Unsere Partei hat wiederholt erklärt, daß die Lösung für diese Situation in der Schaffung einer Nationalen Patriotischen Front und einer Regierung der Nationalen Patriotischen Front liegt, die eine auf revolutionäre Demokratie, Antiimperialismus und sozialistische Orientierung gegründete Politik durchführen muß.

Die Fortschrittliche Volkspartei Guyanas setzt sich auch weiterhin mit Nachdruck für eine solche Lösung ein, indem sie dafür die Volksmassen inner- und außerhalb ihrer gesellschaftlichen und politischen Organisationen mobilisiert. Wir sind' optimi-